

# Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort

TOP 45 – Siebter Waldbericht

Dazu sagt der umweltpolitische Sprecher  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

**Detlef Matthiessen:**

**Landtagsfraktion  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503  
Fax: 0431 / 988 - 1501  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

**Nr. 123.09 / 25.03.2009**

## Wenig Wald – Viel Bericht

Vielen Dank für den wieder umfassenden und ausführlichen Bericht zum Wald mit einer abgeordnetenfreundlichen Kurzfassung.

Die Bedeutung des Waldes für den Klimaschutz ist unbestritten. Vor bald 20 Jahren auf der Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro wurden von der internationalen Staatengemeinschaft weit reichende Beschlüsse für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung und Entwicklung der Wälder gefasst.

Angesichts rasant steigender Öl- und Gaspreise macht sich eine Entwicklung in den Wäldern breit, die sich - als der erste Waldbericht vorgelegt wurde und es primär um die Folgen des sauren Regens und des Waldsterbens ging - so nicht absehen ließ: Unsere Wälder werden mehr und mehr als Heizstofflieferanten genutzt. Viele Selbstwerber ziehen los und „ernten“ Holz – legal und zum Teil auch illegal.

Auf die dramatischen Herausforderungen, die der Klimawandel für die gesamte Weltbevölkerung mit sich bringt, kann es auch hier in Schleswig-Holstein nur eine Antwort geben: Den nachhaltigen Erhalt unserer Wälder und in allererster Linie: Neuwaldbildung!

Zwischen 1990 und 2005 sind drei Prozent der Waldfläche der Erde verschwunden, eine Waldfläche von mehr als der dreifachen Größe Deutschlands. Das geht aus dem neuen Waldbericht der Welternährungsorganisation FAO, einer Unterorganisation der UNO, hervor.

Der Bericht zeigt weiter: Wer es sich leisten kann, forstet auf - so wie die meisten europäischen Länder. Laut Koalitionsvertrag will die Landesregierung den Waldanteil von 10,3 Prozent auf 12 Prozent der Landesfläche anheben. Kein wirklich ehrgeiziges Ziel – zumal dies unter verstärkter Förderung der Neuwaldbildung durch private Waldbesitzer geschehen soll. Der Wald der öffentlichen Hand und der Staatswald sind hier gar nicht gemeint.

Dieser ist nämlich kein Lieblingskind der Landesregierung, wie wir in den letzten Jahren immer wieder schmerzhaft feststellen mussten. Teil der Koalitionsvereinbarung ist dann auch die Veräußerung von unwirtschaftlichen und entbehrlichen landeseigenen Grundstücken, insbesondere Splitterwaldbesitz.

Gut 1.000 Hektar Wald sind zwischen 2003 und 2007 erstmals aufgeforstet worden. Das sind mit mal gerade 0,6 Prozent der Waldfläche nicht eben viel. Knapp die Hälfte dieses Neuwaldes befindet sich in privater Hand. 1.000 Hektar Neuwald sind viel zu wenig, um erfolgreich auf diesem Wege etwas gegen den Klimawandel zu tun. Angesichts eines Flächenverbrauches von 120 Hektar pro Tag wird noch einmal deutlich, wie wenig das tatsächlich ist.

Auch die 1.200 Hektar, die insgesamt in den letzten fünf Jahren wiederaufgeforstet wurden, sind nicht wirklich viel. Im Jahr 2007 wurden gerade mal 127 Hektar Wald durch Wiederaufforstung sowie Vor- und Unterbau umgebaut. Das ist viel zu wenig. Hier muss die Landesregierung dringend beschleunigen.

Da der Wald langsam wächst, müssen wir jetzt die Bäume fördern, die noch in den Jahren 2050 und 2100 die dann höheren Temperaturen und geringeren Niederschläge ertragen können. Beim Waldumbau in Schleswig-Holstein müssen standortgerechte Laubbäumen wie vor allem Buche und Eiche, aber auch andere lokal angepasste Laubholzarten zum Einsatz kommen. Auf nichteinheimische Baumarten sollte verzichtet werden.

Denn immer noch weist unser Wald erhebliche Schäden auf. Im Vergleich der Bundesländer nehmen wir einen Platz im oberen Mittelfeld ein. Im vergangenen Jahr verringert sich zwar der Anteil der deutlichen Schäden um zwei Prozent, aber diese verlagerten sich lediglich in die Warnstufe, hier gab es ein Plus von zwei Prozent. Die Waldfläche ohne Schäden veränderte sich zum Vorjahr nicht.

Stickstoff-Emissionen aus Landwirtschaft und Verkehr sind zum Hauptproblem unserer Wälder geworden, nachdem es gelungen ist, die Belastungen durch die Schwefelemissionen der Kraftwerke und Kraftfahrzeuge drastisch zu senken. Hinzu kommt die Verschärfung des Problems durch die Klimaveränderung. Die notwendigen naturschonenden Methoden der Waldbewirtschaftung werden bei dieser Landesregierung absehbar auf der Strecke bleiben.

Diese ist von der Landesregierung sowieso nicht gewünscht, die mit dem neuen Waldgesetz die Verpflichtung zur ökologischen Stabilisierung der Wälder durch naturnahe Waldbewirtschaftung gestrichen hat.

Die schwerste Hypothek für den Landeswald ist und bleibt diese Landesregierung mit dem schwarzen Forstminister von Boetticher.

\* \* \*